

INHALT

1. Weihnachtsgruß des Fraktionsvorsitzenden
2. Ministerpräsident Albig stimmt gegen sein eigenes Verhandlungsergebnis
3. Bildungsministerin enttäuscht zeitlich befristet beschäftigte Lehrkräfte
4. Regierung hält mit den SPD-Stimmen Klage gegen Ökoliner aufrecht
5. Landesregierung räumt über zehnjährige Planungs- und Bauzeit bei S4 und AKN
6. Landtag entscheidet über die Zukunft der Sparkassen
7. Weitere Landtagsbeschlüsse

13.12.2013

Weihnachtsgruß des Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Im Namen der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag nehme ich dies zum Anlass, mich für Ihr unserer Arbeit entgegengebrachtes Interesse zu bedanken, und das vergangene Jahr ein wenig Revue passieren zu lassen.

Zwei wichtige Wahlen haben uns dieses Jahr beschäftigt: die Kommunalwahlen im Mai und die Bundestagswahlen im September. Aus beiden Wahlen ist die CDU in Schleswig-Holstein deutlich als stärkste Kraft hervor gegangen.

Darauf dürfen wir alle uns allerdings nicht ausruhen. Vielmehr ist es Ansporn und Anlass, auch im kommenden Jahr weiter engagiert für die Menschen in Schleswig-Holstein zu arbeiten.

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag schaut auf ein Jahr harter Oppositionsarbeit zurück. Als Abonnent unseres Newsletters haben Sie diese Arbeit weit intensiver verfolgt als andere.

Zunehmend wird auch in der Öffentlichkeit deutlich, dass die rot/grün/blau Politik für unser Schleswig-Holstein der falsche Weg ist: Die Ausgabensteigerungen im kommenden Landeshaushalt werden für zusätzliche Bürokratie und Klientelpolitik verwendet, nicht für die so dringend notwendigen Investitionen.

Wir werden weiter unsere bessere Politik konsequent vertreten und Sie darüber zeitnah informieren. Das gilt ganz besonders für Vorhaben und Entscheidungen, die Kommunalpolitiker und Menschen vor Ort direkt betreffen.

Ich wünsche Ihnen im Namen der CDU-Landtagsfraktion für die verbleibenden Tage des Jahres

ein wenig Ruhe und Besinnlichkeit. Gerade die Zeit, die man im Kreise seiner Liebsten verbringt, macht den Zauber des Weihnachtsfestes aus.

Ich wünsche Ihnen daher von Herzen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes Jahr 2014!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Callsen



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Ministerpräsident Albig stimmt gegen sein eigenes Verhandlungsergebnis SPD-Fraktion lehnt im Landtag Formulierung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene geschlossen ab

Mit Spannung wurde heute (13. Dezember 2013) die Debatte zur PKW-Maut erwartet. Im Kern ging es dabei auch um die Frage, wie die Sozialdemokraten sich zum Antrag von FDP und PIRATEN verhalten. Denn im mit der CDU auf Bundesebene ausgehandelten Koalitionsvertrag ist diese verankert. Der Koalitionsvertragsentwurf trägt unter anderem auch die Unterschrift von Ministerpräsident Albig.

FDP und PIRATEN wollten mit ihrem Antrag einen Landtagsbeschluss herbeiführen, dass die SPD-geführte Landesregierung sich auf Bundesebene gegen die Einführung einer PKW-Maut für nicht in Deutschland registrierte PKW einsetzt. Dagegen brachte die CDU-Fraktion einen eigenen Antrag in den Landtag ein, der wiederum den Inhalt des Berliner Koalitionsvertrages von SPD und CDU wiedergab.

In ihren Debattenbeiträgen machten SPD-Fraktionschef Dr. Ralf Stegner und Verkehrsminister Reinhard Meyer unmissverständlich klar, dass sie eine solche Maut nicht wollen. Auch in der Abstimmung lehnte die SPD-Fraktion den CDU-Antrag und damit die Formulierung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene geschlossen ab. Ministerpräsident Albig ist auch Mitglied der SPD-Fraktion.

Antrag von FDP und PIRATEN

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1375.pdf>

Antrag der CDU

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1407.pdf>

Bildungsministerin enttäuscht zeitlich befristet beschäftigte Lehrkräfte Aus Wendes Ankündigungen wird nichts



Heike Franzen, Mdl

1500 Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein sind befristet beschäftigt. Gründe für solche Verträge sind beispielsweise längerfristige Vertretungen. Immer wieder gibt es allerdings deutliche Kritik an dem Umgang mit den zeitlich befristet Beschäftigten. Beispielsweise laufen Verträge vor den Sommerferien aus, so dass die Lehrkräfte während der Sommerferien arbeitslos sind.

Kurz nach Amtsantritt erklärte Bildungsministerin Professor Wende im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Berlin, Zeitverträge für Lehrkräfte künftig zu verhindern. Seitdem hatte die CDU-Fraktion mehrfach nachgefragt, wie die Entwicklung in diesem Bereich ist. Eine Kleine Anfrage ergab unter anderem, dass die Zahl der Zeitverträge seit Amtsantritt der Ministerin um 20 Prozent gestiegen ist.

Heute stellte die Bildungsministerin ihr „Konzept“ vor, das sich allerdings auf eine Zusammenfassung weniger Maßnahmen beschränkt. „Vor einem Jahr hat Frau Wende angekündigt, die von ihr als Leiharbeit gebrandmarkten Zeitverträge abzuschaffen. Tatsächlich ist deren Zahl seit Wendes Amtsantritt noch um 20 Prozent erhöht worden. Die Ministerin hat angekündigt, einen Berg zu versetzen und hat einen Maulwurfshügel geworfen“, so CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen.

Bereits in der Sitzung des Bildungsausschusses hatte Wende einräumen müssen, dass sie aus haushaltspolitischen und arbeitsrechtlichen Gründen keine Möglichkeit habe, auf die Anzahl sowie auf die Dauer von Zeitarbeitsverträgen Einfluss zu nehmen.

„Erzählen Sie niemandem, Frau Wende, dass Sie davon nichts gewusst haben. Sie sind über ein Jahr lang mit Ihren großspurigen Ankündigungen hausieren gegangen“, so Franzen.

Die CDU-Abgeordnete betonte, ohne die Neuberechnung der Einwohnerzahlen und die damit verbundenen zusätzlichen Zensusmittel stünde die Bildungsministerin heute mit völlig leeren Händen da. Dass die Landesregierung 75 Stellen für zwei Jahre zur Reduzierung befristeter Verträge bereitstellen könne, sei einzig und allein diesem warmem Geldregen zu verdanken.

Link zum Konzept des Ministeriums:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1361.pdf>

Regierung hält mit den SPD-Stimmen Klage gegen Ökoliner aufrecht CDU und SPD hatten auf Bundesebene laut Medienberichten Fortsetzung des Feldversuches vereinbart



Verkehrsexperte, Hans-Jörn Arp, MdL

BILD und Lübecker Nachrichten hatten über eine Zusatzvereinbarung im Koalitionsvertrag berichtet, nach der CDU und SPD sich auf Bundesebene über eine Fortsetzung des Feldversuches mit Lang-LKW unter anderem in Schleswig-Holstein verständigt hätten. Die CDU-Fraktion hatte mit einem Antrag gefordert, die von der rot/grün/blauen Landesregierung angestrebte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Feldversuche zurück zu ziehen.

Diesen Antrag lehnte die SPD-Fraktion heute gemeinsam mit den anderen Regierungsfractionen geschlossen ab.

In der Debatte hatte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, zuvor daran erinnert, dass auch Wirtschaftsminister Reinhard Meyer sich bei einem Dänemark-Besuch für diese Versuche ausgesprochen hatte.

„Die von Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg eingereichte Klage gegen den Feldversuch mit Ökolinern wird der Bedeutung des Testbetriebes in keiner Weise gerecht. Ökoliner sind ökologisch und wirtschaftlich ein Gewinn. Sie verbrauchen 30 Prozent weniger Kraftstoff und haben bei gleichem Gewicht (40 t) eine niedrigere Achslast. Das bedeutet weniger Schäden, weniger Kohlendioxidausstoß und weniger Baustellen auf unseren Straßen“, so Arp.

Zu berücksichtigen sei auch der absehbare weitere starke Anstieg des LKW-Verkehrs in den nächsten Jahren auch in Schleswig-Holstein. Schon heute sei auf vielen Strecken die Kapazitätsgrenze erreicht oder gar überschritten.

„Wo heute drei LKW pro Tag unterwegs sind, können es künftig nur noch zwei Ökoliner sein“, so Arp.

Die am Feldversuch teilnehmenden Speditionen brauchten auch künftig verbindliche Zusagen hinsichtlich ihrer Fahrerlaubnis.

„Im Frühjahr 2014 gibt es die ersten Ergebnisse des Feldversuchs. Dann wird auch die Kieler Koalition feststellen, dass Ökoliner einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins leisten“, sagte Arp abschließend.

Landesregierung räumt über zehnjährige Planungs- und Bauzeit bei S4 und AKN CDU-Fraktion kritisiert Planungsmanagement



Volker Dornquast, MdB

Auf Antrag der CDU-Fraktion lehnte die Landesregierung heute einen Bericht zum Planungsstand der S4, der AKN und der Stadtregionalbahn vor. Der Henstedt-Ulzburger CDU-Landtagsabgeordnete Volker Dornquast kritisierte in seinem Debattenbeitrag die Landesregierung für ihr Planungsmanagement bei der S4 und der AKN scharf. „Anstatt sinnlos Geld und Arbeitstage in die Kieler Stadtregionalbahn zu stecken, sollte die Landesregierung die vorhandenen knappen Potentiale lieber bei den Schienenprojekten in der Metropolregion Hamburg nutzen. Dort warten 100.000 Pendler auf eine Verbesserung ihrer Schienenverbindungen von Ahrensburg (S4) und von Kaltenkirchen (AKN/ S21).“

Es sei nicht zu akzeptieren, dass die geplanten Zeitabläufe eine über zehnjährige Planungs- und Bauzeit vorsähen. Dornquast forderte die Beschleunigung der Bahnprojekte in der Metropolregion. Bei der S4 sei es zwar gut, dass die Verwaltungsvereinbarung mit Hamburg endlich komme, jedoch mache die Landesregierung nach wie vor nicht den Eindruck als sei die S4 einer ihrer Arbeitsschwerpunkte. Überdies müsse der zweispurige, kreuzungsfreie Ausbau der AKN in Ellerau Bestandteil dieser Maßnahme sein.

„Die Landesregierung muss endlich Prioritäten setzen. Das Gießkannenprinzip mit einer gleichberechtigten Stadtregionalbahn Kiel hilft Schleswig-Holstein kein Stück weiter. Wenn die Landesregierung will, könnte die AKN beispielsweise bereits 2018 elektrifiziert auf der Strecke Eidelstedt –Kaltenkirchen verkehren und nicht erst nach 2020, sagte Volker Dornquast abschließend.

Antrag der CDU-Fraktion auf Bericht zum Planungsstand:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1127.pdf>

Bericht der Landesregierung:

Landtag entscheidet über die Zukunft der Sparkassen CDU setzt Prüfungsneutralität durch

Um die Situation der Sparkassen drehte es sich am heutigen Freitag (13. Dezember 2013) im Kieler Landtag. In zweiter Lesung stand der Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Sparkassengesetzes auf der Tagesordnung. Darin wird dem Sparkassen- und Giroverband eine Beteiligungsmöglichkeit an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein von bis zu 49 Prozent eingeräumt.

Die CDU-Fraktion setzte sich in der Frage der Prüfungsneutralität durch. Die Regierungsfaktionen folgten einem entsprechenden Änderungsantrag der Union: Damit ist künftig die Prüfung von Sparkassen durch den Sparkassen- und Giroverband dann ausgeschlossen, wenn dieser mit mehr als 20 Prozent am Stammkapital der zu prüfenden Sparkasse beteiligt ist. Damit sollen mögliche Interessenskonflikte von vornherein ausgeschlossen werden.

Gesetzentwurf der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1135.pdf>

Interfraktioneller Änderungsantrag auf Initiative der CDU

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/2100/umdruck-18-2159.pdf>

Weitere Landtagsbeschlüsse

Landtag beschließt Strategie für mehr heimische Eiweißpflanzen sowie Gesetze zur Transplantation, zum Zweiten Sozialgesetzbuch und zur Mittelzweckbindung

Mit der Forderung von SPD, GRÜNEN und SSW nach mehr heimischen Eiweißpflanzen beschäftigte sich heute (13. Dezember 2013) der Schleswig-Holsteinische Landtag. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für einen Antrag der Regierungsfaktionen, der die Entwicklung einer „Eiweißstrategie“ vorsieht. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion lehnten den Antrag ab.

Heiner Rickers, agrarpolitischer Sprecher der CDU Fraktion, verwies während der Debatte auf die bereits seit über einem Jahr veröffentlichte Eiweißpflanzenstrategie der Bundesregierung. „Wenig hilfreich ist es hier, wenn jedes Bundesland für sich arbeitet. Hier ist der Bund, wenn nicht gar die Europäische Union, besonders gefordert“, so Rickers.

Eiweißpflanzen sind ein wichtiger Bestandteil von Tierfuttermitteln. Ihr Anbau in Schleswig-Holstein ist rückläufig.

Ohne Aussprache verabschiedete der Landtag drei weitere Gesetze:

- das Änderungsgesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes
- das Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch sowie
- das Mittelzweckbindungsgesetz.

Link zum Transplantationsgesetz

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1200/drucksache-18-1254.pdf>

Link zum Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1401.pdf>

Link zum Mittelzweckbindungsgesetz

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1343.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de